

23. September 2009: "Grundrecht auf Ausbildung ist ohne Alternative"

LSV verfasst Aufruf zur Bundestagswahl - Arbeit und Wohlstand durch Innovation sichern!

23.09.2009

„Grundrecht auf Ausbildung ist ohne Alternative“

LSV verfasst Aufruf zur Bundestagswahl – Arbeit und Wohlstand durch Innovation sichern! Die Landesschülervertretung (LSV) Hessen erneuert ihre Forderung nach einem Grundrecht auf Ausbildung. In einem „Aufruf zur Bundestagswahl 2009“ verweist sie auf die katastrophale Situation am Ausbildungsmarkt und fordert einen gesetzlichen Anspruch auf einen Ausbildungsplatz im Grundgesetz. Der Aufruf erhält prominente politische Unterstützung*. „Wir können uns vor dem Fachkräftemangel nicht verstecken, da dieser uns schon längst eingeholt hat“, sagt Landesschulsprecherin Fiona Merfert. „Die einzig plausible Antwort darauf lautet Ausbildung. Dieser Anspruch muss ähnlich dem Anspruch auf einen Schulplatz in der Verfassung verankert werden.“ 1,5 Millionen Jugendliche sind derzeit ohne eine berufliche Ausbildung. „Die Ausbildungsmisere droht sich zu verschlimmern“, sagt Merfert und verweist darauf, dass in den ersten beiden Quartalen 2009 acht Prozent weniger Lehrverträge abgeschlossen wurden als im Vorjahr: „Ohne ausgebildete Fachkräfte wird der Wirtschaftsstandort Deutschland geschwächt.“ Die Krise dürfe kein Anreiz sein, noch mehr Geld bei der Ausbildung zu sparen. Im Gegenteil: „Wie bereitet sich Deutschland für die Zeit nach der Krise vor?“ lautet die zentrale Frage des Aufrufs. Schließlich ist Arbeit und Wohlstand Ziel wirtschaftlichen Handelns. Die LSV begründet ihren Aufruf daher wie folgt: „Forschung und Entwicklung sichern Arbeitsplätze, lassen neue entstehen und kurbeln die Konjunktur an“. Diese Erkenntnis zeigt, wie wichtig Ausbildung für unsere Zukunft ist. „Gleich ob wir die Kraft haben oder für unser Land anpacken müssen, Ausbildung ist ein Schlüssel zum ökonomischen Erfolg“, so Merfert. „Das Grundrecht auf Ausbildung ist auf Dauer ohne Alternative!“ * Bekannte politische Mitstreiter und Mitstreiterinnen hat die LSV Hessen in allen Parteien im Bundestag angefragt. Keine Rückmeldung erhielten wir von CDU/CSU und FDP, die Grünen unterstützen zwar die Idee, aber keine Grundgesetzänderung und die Linke, persönlich mit Herrn Lothar Bisky und Herrn Gysi, unterstützen den Aufruf. Die SPD unter Frau Nahles nahm den Aufruf zur Kenntnis, bezog aber bislang keine eindeutige Haltung.